

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.-  
vierteljährlich . . . . . 48.-  
halbjährig . . . . . 96.-  
jährlich . . . . . 192.-

Zustellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

## Parlament schon am nächsten Dienstag.

Senat erst am 7. Oktober.

Prag, 9. September. In der heutigen Präsidentsitzung des Abgeordnetenhauses wurde beschlossen, die erste Plenarsitzung des Hauses nach den Ferien, die ursprünglich für den 17. d. geplant war, bereits für Dienstag, den 16. d., 3 Uhr nachmittags einzuberufen. Dies erwies sich als notwendig, als die dreimonatige Frist zur Erledigung der Senatsbeschlüsse bezüglich der Invalidenvorlage und der Errichtung der Postsparkasse bereits am 18. d. abläuft. Durch die Vorverlegung der ersten Sitzung bleibt für die zu erwartende ausführliche Debatte ein größerer Spielraum gewahrt.

Die Invalidenvorlage, die bekanntlich auf eine Besserstellung der Schwerförmigen hinausläuft, wird morgen noch den Budgetauschuss beschäftigt, der die Vorlage infolge des vorzeitigen Abbruchs der Session im Juni seinerzeit nicht mehr fertigstellen konnte. Bezüglich der Postsparkassenvorlage wird um Fristverlängerung ersucht werden, um ihre automatische Gesetzwirkung ohne Beschluß des Abgeordnetenhauses zu vermeiden.

Nach den bisherigen Dispositionen soll die Regierungsvorlage über die Weihnachtzulage für Staatsangestellte (13. Monatsgehalt) schon in der zweiten Kammer Sitzung am 17. d. aufgelegt werden. Mit diesem Problem, das vor den Ferien durch das Verlangen des Finanzministers nach gleichzeitiger Erledigung des Deckungsplanes kompliziert wurde, befaßte sich die heutige Sitzung der Personalminister. Wie verlautet, wurde über die Behandlung des von den einzelnen Regierungsparteien eingebrachten Abänderungsanträge ein Einvernehmen erzielt, so daß der sozialpolitische Ausschuss, der morgen erst um 5 Uhr nachmittags zusammentritt, nunmehr schon die Möglichkeit hat, die Beratung der Vorlage zum Abschluß zu bringen.

Auch das Senatspräsidium behandelte heute in längerer Sitzung die Frage des nächsten Arbeitsprogramms. Einige umfangreiche Regierungsvorlagen, die dem Senat zugegangen sind, werden den Senatoren zum Studium und zur Vorbereitung der Ausschussberatungen vorher zugesendet werden. Mit Rücksicht darauf wurde die erste Plenarsitzung des Senates erst für den 7. Oktober anberaumt. Auf die Tagesordnung kommen einige von den Ausschüssen bereits fertiggestellte Vorlagen (Zuschuß alimentationsberechtigter Personen und Regelung der Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse in den Grenzgebieten).

In der gemeinsamen Sitzung beider Hauspräsidien befaßte man sich angesichts eines sonntäglichen Falles des Abgeordneten Stříbrný mit der Auslegung des § 21 der Verfassungsurkunde über die Immunität der Abgeordneten und Senatoren. Die Präsidien stellten sich in Übereinstimmung mit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes auf den Standpunkt, daß jeder Parlamentarier verpflichtet ist, einer gerichtlichen Verladung (als Zeuge) Folge zu leisten, ohne daß das Verbot dieser Verladung erst die Zustimmung des Parlamentes einholen müßte. Allerdings steht ihm das Recht zu, nach § 26 der Verfassung eine Auslage eventuell zu verweigern. Erst in dem Falle, daß über den betreffenden Abgeordneten wegen Nichterscheinens vom Gericht eine Ordnungsgeldstrafe verhängt wird, ist zu deren Vollzug die Zustimmung der parlamentarischen Körperschaften notwendig. Die Androhung der Zwangsweisen Vernehmung bzw. diese selbst unterliegt jedoch nicht der vorausgehenden Genehmigung durch das Parlament.

Am Nachmittag befaßte sich der verfassungsrätliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses mit der vom Senat bereits angenommenen Regierungsvorlage über die Errichtung einer Postsparkasse. Nach kurzer Debatte, an der auch der zuständige Ressortminister Dr. Frankl teilnahm, wurde die Vorlage unverändert angenommen.

In einer anschließenden zweiten Sitzung kam die Regierungsvorlage über die Jugendstrafgerichtsbarkeit auf die Tagesordnung. Das Referat erstattete Genosse Dr. Winter. Nachher wurde beschlossen, den Senator Professor Milota als Experten heranzuziehen und die weiteren Beratungen auf eine der nächsten Sitzungen zu vertagen.

## Eine Schreckensnacht in Buenos Aires.

Wilde Schieberei in den Straßen. - Gegenrevolutionärer Vorstoß oder tragischer Irrtum?

Montevideo, 9. September. In mehreren Stadtteilen von Buenos Aires brachen gestern um 21 Uhr dortiger Zeit Straßenkämpfe aus. Das Feuergefecht schien sich um den Regierungspalast und die benachbarten Straßen zu konzentrieren. 15 Minuten vernahm man Geschüßener, das um Mitternacht nachließ. Gerüchtweise verlautet, daß einige Regimenter gegen das neue Regime revoltierten, um Frigoyen wieder einzusetzen.

General Uriburu sandte um Mitternacht an die Presse eine Erklärung, wonach keine Ursache zur Beunruhigung bestehe und das Gerücht, wonach ein Teil der Armee sich gegen das neue Regime erhoben habe, unzutreffend sei.

New York, 9. September. Associated Press erfährt telephonisch aus Buenos Aires, daß die Straßenkämpfe der vergangenen Nacht einem tragischen Irrtum zuzuschreiben waren. Die Stadt befand sich während der ganzen Nacht in einem Zustand der unglaublichen Verwirrung. Die ganze Bevölkerung war von einer Panik erfaßt, die durch das falsche Gerücht von einem gegenrevolutionären Angriff, beim Postamt hervorgerufen wurden.

Die dort aufgestellte Wache sah sich durch das Gerücht veranlaßt, die Straßenlaternen in der Umgebung durch Schüsse zu verlöschen, um die Verteidigung zu erleichtern. Diese Schüsse wurden von der Wache des benachbarten Regierungsgebäudes für einen gegenrevolutionären Angriff gehalten. Sie eröffnete infolgedessen mit Maschinengewehren und Artillerie das Feuer gegen das Postamt, alarmierte die Zivilisten und bewaffnete sie schnell zur Bekämpfung der angeblichen Gegenrevolution. In allen Stadtteilen kam es in der Folge zu Schiebereien. Die Menge stürmte und plünderte die Waffenarsenale, um sich in den Besitz von Waffen zu setzen. Als sich das Gerücht verbreitete, daß sich die im Hafen liegenden Kriegsschiffe der Gegenrevolution angeschlossen hätten, begann die Artillerie den Hafen zu beschleßen. Ein Zerstörer wurde von einer Granate getroffen. Erst nach vielen Stunden gelang es, die Ruhe wiederherzustellen.

General Uriburu hat die neuerliche Verhaftung des Expräsidenten Frigoyens sowie aller Mitglieder des alten Kabinetts und Kongresses angeordnet, ferner den Befehl erteilt, daß sämtliche Waffen, die sich in Privatbesitz befinden, innerhalb von zwölf Stunden abgeliefert werden müssen, andernfalls Verurteilung nach Kriegsgesetz erfolgen würde. Man nimmt an, daß diese Maßnahme unter dem

Verständnis erfolgt ist, daß sich unter den Arrientalstürmern viele Anhänger Frigoyens befanden. 15 Personen sollen wegen Plünderens standrechtlich erschossen werden. Vier Postbeamte sollen bereits hingerichtet sein, da sie die Verteidiger des Postamtes meuchlings beschossen.

Ueber 200 Tote und Verwundete.

New York, 9. September. Die Wälder melden aus Buenos Aires, bei den gestrigen Straßenkämpfen seien mindestens 20 Personen getötet und 200 verletzt worden. In verschiedenen Teilen der Stadt seien Gebäude in Brand gesetzt worden.

Die Lage andauernd kritisch.

New York, 9. September. Wie der Associated Press aus Buenos Aires gemeldet wird, behält die Stadt trotz der eingetretenen Ruhe ihr trübendes Aussehen bei. Starke Truppenabteilungen sind an strategischen Stellen konzentriert; die Kavallerie patrouilliert in voller Kriegsausrüstung auf den Straßen. Marineabteilungen sind von den Kriegsschiffen gelandet.

Mancherseits wird mit dem Wiederaufkommen der Kämpfe gerechnet, zumal, da der offiziellen Darstellung, daß die nächtlichen Unruhen auf ein Mißverständnis zurückzuführen sind, nicht überall beipflichtet wird und Unstimmigkeiten zwischen den tatsächlichen Ereignissen und ihrer offiziellen Darstellung festgestellt wurden. Der Kriegsminister gab in einer offiziellen Erklärung zu, daß noch eine Anzahl Frigoyen-Anhänger in der Stadt seien. Die Plaza de Mayo und die benachbarten Straßen und Plätze bieten einen Anblick der Verwüstung und zahlreiche Gebäude weisen Augenspur auf.

## Der Weg zu Paneuropa

führt erst über den Völkerbund.

Genf, 9. September. Ueber den Verlauf der gestrigen Europäischen Konferenz wird noch gemeldet: Dadurch, daß Henderson wünschte, die Europäische Frage ohne jedes Präjudiz vor die Völkerverversammlung zu bringen, war der Versuch Briands, die europäische Gemeinschaft bereits als geschaffen zu betrachten, auf Widerstand gestoßen. Der Belgier Symans versuchte darauf, Briand zu bewegen, als Sprecher der Europäischen Konferenz vor der Völkerverversammlung den Antrag auf Behandlung des europäischen Problems zu stellen. Briand zögerte; er sei nicht objektiv genug und spüre zu viel Vorbehalte im Saal. Er habe zwar einen Entwurf vorbereitet, bezweifle aber, daß darin die Ansichten aller Staaten ausgedrückt seien. Schließlich las er seinen Resolutionsentwurf doch vor und fand damit allgemeinen Beifall. Sogar Henderson stimmte zu und erklärte, es sei darin nichts enthalten, was er nicht unterschreibe.

Briand wurde beauftragt, im Namen der Europäischen Konferenz der Völkerverversammlung den Antrag zu stellen, die europäische Frage auf die Tagesordnung zu stellen. Dem Völkerbund wird für die weitere Behandlung volle Freiheit gelassen.

Henderson für detaillierte Prüfung des Briand'schen Planes.

Genf, 9. September. Der britische Staatssekretär für Aeußeres, Henderson, empfing gegen Abend die in Genf versammelten Pressevertreter. Vor allem lehnte er die Ansicht ab, daß er in der gestrigen Sitzung der sogenannten europä-

ischen Konferenz der Anwalt irgendeines entgegen gesetzten Standpunktes gegen den Briand'schen Plan, der bei der britischen Regierung ein sympathisches Echo gefunden habe, gewesen sei. Was das weitere Vorgehen angeht, über das die gestrige Konferenz Beschlüsse faßte, ist Henderson der Ansicht, daß dieser Beschlüsse ein glücklicher sei und keineswegs irgendeine besondere Hinausschiebung der Frage bedeute, die allerdings vor allem einer detaillierten Prüfung aller ihrer politischen und wirtschaftlichen Seiten bedürfe. Ein Jahr sei gewiß keine lange Frist für eine derart ernste Sache.

In ausführlicher Weise äußerte sich Henderson zur Frage der sogenannten

Angleichung des Kellogg-Paktes an den Völkerbundpakt.

Es müsse ein weiterer entscheidender Schritt zur Sicherung des Friedens unternommen werden. Man könne nicht weiter die paradoxe Situation dulden, daß 40 und mehr Staaten, die den den Krieg verdammennden Kellogg-Pakt unterzeichnet haben, in einem anderen Pakte die Möglichkeit offen lassen, in gewissen Fällen doch zum Mittel des Krieges zu greifen.

Anti-italienische Demonstration in Agram.

Belgrad, 9. September. Aus Agram wird gemeldet, daß eine Gruppe von Nationalisten versuchte, um 2 1/2 Uhr vor dem italienischen Konsulat in Agram eine Kundgebung zu veranstalten. Die Polizei zerstreute sie jedoch und verhaftete einige Personen.

## Kampf um Europa.

Mit der Uebertreibung des Briand'schen Europaprojektes an die Völkerverversammlung tritt das Pan-Europa-Problem in eine neue Phase. Es fragt sich freilich, in welche — in die der Verhandlung, Verschleppung und Verzerrung durch Kommissionen, Experten und Unterausschüsse, oder in die der ersten Auseinandersetzung und praktischen Arbeit. Das wird aber im wesentlichen von der Stellungnahme jener Staaten abhängen, die zwischen Frankreich und England, den Vertretern der extremen Ansichten stehen, also von Deutschland, von den Staaten der Kleinen Entente, von den niederländischen und nordischen Kleinstaaten.

Der Gedanke des einigen Europa, der Organisation des Kontinents ist so alt wie die Idee des modernen Staates überhaupt. Er beginnt im Grunde schon bei den Völkerrechtslehrern des 17. Jahrhunderts Gestalt anzunehmen, er setzt sich in der französischen Revolution mit Macht durch und er beherrscht die Politik Napoleons, der in seinem politischen Testament die Einigung Europas immer wieder als die Aufgabe seiner Nachfolger bezeichnet. Der Krieg und das Jahrzehnt nach dem Kriege haben bewiesen, daß es bei der Pan-Europa-Idee nicht mehr um den Streit politischer Theorien, nicht um Spielereien kühner Utopisten, sondern um die Lebensfrage Europas geht. Lösen sich im Osten die asiatischen Völker aus der Vormundschaft Europas und droht einem zerstückelten Europa über kurz oder lang die organisierte Macht des asiatischen Kontinents, so wird der alte Erdteil andererseits mehr und mehr zur Kolonie Amerikas, das sich längst auf kontinentaler Grundlage organisiert hat. Wenn die Völker Europas nicht zu Sklaven des amerikanischen Kapitals, die Staaten der alten Welt nicht zu tributären Provinzen der USA, wenn die europäische Kultur nicht zur Kamschware amerikanischer Rabobs werden sollen, dann muß Europa Vorurteile und Traditionen von Jahrhunderten begraben und über nationallistische Bedenken hinweg an die Gestaltung Paneuropas schreiben.

Europa müßte eine Wirtschafts-, eine Verkehrs-, eine politische und geistige Einheit werden. Briands Vorschlag eines europäischen Staatenbundes waagt nur die ersten entscheidenden Schritte zu dem erstrebten Endziel zu weisen. Die meisten Staaten empfinden auch diese schüchternen Versuche schon als revolutionäre Eingriffe in ihre Souveränität. Und doch muß das, was die PanEuropa-Agitation Coudenhove-Kalergis mit ihrer zielbewußten Propaganda nachzuweisen sucht, auch dem Laien einleuchten, wenn er sich nur einigermaßen mit den Dingen beschäftigt. Daß wir im Zeitalter des Luftverkehrs noch Zollgrenzen kennen, die einander in Staffeln von 200 Kilometern folgen, daß unsere Expreszüge oft mehr als ein Viertel ihrer Fahrzeit mit Grenzaufhalten verbringen, daß wir bei einer Reise von Berlin bis Belgrad oder Sofia, von Paris bis Kowno oder Riga ein halbdutzendmal Grenzen passieren, Zollrevisionen erleben, verschiedene Währungen, Briefmarken, Uniformen, Kemter und Amtssprachen sehen, das ist alles so urwäterlich widersinnig wie vor hundert Jahren die deutsche Kleinstaaterei angesichts der ersten Eisenbahnen lächerlich war. Auf diesem Gebiete liegen auch die ersten möglichen Reformen, die zu PanEuropa überleiten können: Europa-Paß, Europa-Geld, Europa-Bahnen, Europa-Flugwesen, Europa-Post. Auch von diesen Institutionen, die nur die Anpassung der Organisation an die natürlichen Grundlagen des Verkehrs wären, trennt uns heute noch eine tiefe Kluft, die überbrückt sein will. Die Niederlegung der Zollgrenzen innerhalb des Kontinents, planwirtschaftliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrar- und Industriepolitik, europäische Abrüstung und Urfehde zwischen den Staaten des Kontinents sind weitere und noch fernere Etappen auf dem Wege zu PanEuropa. Zu-









